

Liebe Freundinnen und Freunde des Medibüro Kiel,

lange haben Sie nichts von uns gehört – jetzt wird es aber mal wieder Zeit, dass wir uns melden und einen Einblick in unsere Arbeit geben.



Leider ist es noch immer notwendig, dass das Medibüro Patientinnen und Patienten ohne Papiere und ohne gültige Krankenversicherung zu Ärztinnen und Ärzten und anderem medizinischen Personal vermittelt und diese die Behandlung unentgeltlich vornehmen. Wir haben sehr gehofft und viel Arbeit investiert, dass sich dies ändert. Anlässlich der vergangenen Landtagswahl hatten wir mit den demokratischen Parteien und auch mit der neuen Regierung mehrfach verhandelt, damit auch in Schleswig-Holstein eine Clearingstelle eingerichtet wird. Mit der Stelle soll der Versichertenstatus geklärt und der Zugang zu einer regulären Gesundheitsversorgung ermöglicht und unterstützt werden. Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein arbeiten wir an einer Lösung zur Umsetzung dieses Vorhabens, das auch im Koalitionsvertrag der neuen Regierung vorgesehen ist.

Noch ist es ein langer Weg zur Clearingstelle und flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung von Menschen ohne Papiere. Umso mehr danken wir Ihnen allen, dass Sie noch immer (für einige sind es jetzt bereits sieben Jahre!) unentgeltlich helfen. Es tut so gut und motiviert uns, wenn wir in Praxen anrufen und nach einem Termin für unsere Patientinnen und Patienten bitten und dann ein „Selbstverständlich, wir helfen immer gerne“ hören. Das hilft über manche Medibüro-Durststrecke hinweg.

Ja, auch Durststrecken gibt es bei uns im Medibüro nach über sieben Jahren Arbeit. Einige Mitstreiter/-innen haben ihr Studium beendet und in anderen Städten Arbeit gefunden, bei anderen hat sich die Lebensplanung verändert. Wir freuen uns aber immer sehr, dass es auch neue Interessierte gibt, die mitarbeiten wollen und heißen alle engagierten Menschen willkommen. Traut Euch, trauen Sie sich doch einfach, mal beim zweiwöchigen Plenum reinzuschnuppern. Vielleicht gefällt es ja und wir arbeiten in Zukunft mit Euch und Ihnen zusammen.

### **Das Medibüro in Zahlen: das war 2017**

Von Januar bis einschließlich Dezember 2017 hatten wir 202 Beratungskontakte mit Menschen in medizinischen Notlagen.

164 mal konnten wir direkt medizinische Hilfe in Arzt- und Zahnarztpraxen, Hebammen-

#### **Bericht aus der Praxis**

1. In die Sprechstunde kommt ein etwa 40jähriger Patient aus Afghanistan mit immer wiederkehrenden Nierenschmerzen. Aus der Vorgeschichte ist zu erfahren, dass er vor 4 Jahren an der jetzt wieder schmerzenden Niere operiert wurde. Er zeigt eine entsprechende Narbe. Wir können noch in der Sprechstunde mit einer urologischen Praxis, die mit uns zusammenarbeitet, einen Termin ausmachen. Der Patient kommt 2 Wochen später in die Sprechstunde mit einem Zettel aus dieser Praxis: es wird ein MRT und eine Nierenzintigraphie angefordert. Telefonisch erfahren wir: es sei vor 4 Jahren eine „Steinniere“ operiert worden, es gäbe ein Rezidiv und langfristig müsse wieder operiert werden. Kurzfristig könne in akuten Situationen ambulant behandelt werden. Die telefonische Anfrage in einer radiologischen Praxis, welche Kosten für uns diese Untersuchungen verursachen würden, ergibt: dem Patienten werden die Untersuchungen kostenfrei geschenkt! Zwischenzeitlich erfahren wir, dass der Patient nicht mehr krankenversichert ist, weil er seinen im Asylverfahren verpflichtenden Wohnort wegen der Familie verlassen hat. Wir vermitteln weiter an eine migrationspezifische Beratung (ZBBS), damit er wieder in das Asylsystem reinkommen kann, und damit krankenversichert ist. Wir beschließen im Verein, die Operationskosten nicht zu übernehmen, da er aus unserer Sicht nach dem AsylbLG versichert werden müsste und wir wollen abwarten, bis er wieder krankenversichert ist. Dies wird mit dem behandelnden Nierenspezialisten besprochen.

sprechstunde oder zu Operationen vermitteln. Viele haben wir an weitere Stellen (z.B. Migrationsberatung, Säuglingssprechstunden) weiterleiten können.

Es kamen 75 weibliche und 56 männliche PatientInnen (teilweise Mehrfachkontakte), davon 23 Kinder. Wir berieten 35 Schwangere und konnten sie sowohl an eine Frauenärztin vermitteln als auch die Möglichkeit der sicheren Geburt im Krankenhaus anbieten.

Nicht immer gelang es uns, die am besten passende Hilfe zu vermitteln – insbesondere ist es unverändert sehr schwierig, angemessene psychiatrische Versorgung für die augenscheinlich zum Teil schwer traumatisierten Menschen zu finden. Hier suchen wir nach wie vor dringend Unterstützung.

Die Mehrzahl der Hilfesuchenden kam aus den „Neu-EU-Ländern“ Rumänien und Bulgarien (69 Vermittlungen). Diese Zahl hat sich in den Jahren 2016 und 2017 jeweils leicht verringert. Daneben kamen 40 Menschen aus Afrika – davon 19 aus Ghana und Nigeria sowie aus 15 aus Mittelmeeranrainerstaaten. Je 6 mal vermittelten wir Menschen aus Syrien, Albanien und Serbien sowie 22 Menschen aus 17 weiteren Ländern weltweit.

#### **Bericht aus der Praxis**

*2. In die Sprechstunde kommt eine junge Frau aus Bulgarien mit ihrem Mann. Sie hat offensichtlich sehr starke Schmerzen. Bei der kurzen orientierenden Nachfrage zeigt sie auf den Ischiasnerv links bis zum Fuß. Die Patientin zeigt uns einen handschriftlichen Zettel aus der Ambulanz des UKSH, wo sie vorher gewesen sei. Es wird um ein MRT gebeten. Medikamente hätten sie nicht bekommen. Wir können die Patienten sofort in eine allgemeinärztliche Praxis schicken. Uns werden an diesem Beispiel unsere (politisch sicherlich gewollten) engen Möglichkeiten so deutlich: Falls ein akuter Bandscheibenvorfall vorliegen sollte, müsste sofort stationär behandelt und dort ein MRT veranlasst werden. Diese großen Kosten könnten diese Patienten sicher nicht bezahlen. Die Kollegen in der Klinikambulanz haben offensichtlich diese Akutsituation ausgeschlossen und ein MRT nur „zur Sicherheit“ angefordert. Also müsste jetzt die Praxis, in die wir geschickt haben, die Situation neu klären. Und auch die dortigen Folgekosten (Medikamente, Physiotherapie, MRT, Operation etc.) können diese Menschen wohl nicht bezahlen. Eine europäische Klärung der Versorgung solcher Menschen verliert sich in bürokratischen Prozeduren...*

#### **Internationale Netzwerke des Medibüro Kiel**

Das Medibüro Kiel e.V. möchte nicht nur die Symptome unzureichender medizinischer Versorgung bekämpfen, sondern auch deren strukturelle Ursachen beseitigen. Ein wesentlicher Teil unserer Arbeit besteht daher in der Bemühung, das Menschenrecht auf Gesundheit durchzusetzen. Zu diesem Zweck ist das Medibüro Kiel e.V. in ein umfangreiches Netzwerk aus Institutionen, Organisationen und gesellschaftlichen Bewegungen eingebunden. Hierzu zählen nicht allein die 36 übrigen Medibüros und Medinetze in ganz Deutschland sowie weitere lokale und regionale Initiativen, sondern in zunehmendem Maße auch internationale Organisationen.

Seit wir uns 2014 der „Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants“ (PICUM) angeschlossen haben, haben die Aktivitäten des Medibüro Kiel beispielsweise die Aufmerksamkeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Union auf sich gezogen. Dies führte 2017 zu einer Konsultation über Vorteile, Grenzen und Lücken bei der Anwendung europäischer Rechtsvorschriften bzgl. einer legalen Zuwanderung in die Bundesrepublik. Auf diese Weise floss unsere Erfahrung mit Zuwanderern ohne Krankenversicherung in eine Handlungsempfehlung an die Europäische Kommission ein.

Auch die Vereinten Nationen haben sich zwischenzeitlich für die Praxiserfahrungen des Medibüro Kiel interessiert. Im Mai 2016 erfuhren wir, dass die UNO eine Konferenz zum Umgang mit den zu diesem Zeitpunkt stark angestiegenen Migrations- und Fluchtbewegungen plante. Das Medibüro Kiel wurde zunächst zu einer Anhörung zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeladen, um die Situation von Personen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland darzustellen. Die Ergebnisse dieser

Anhörung flossen in ein Positionspapier ein, welches der Staatengemeinschaft beim Migrationsgipfel am 19.09.2016 in New York vorgelegt wurde. Das Medibüro erhielt hierfür einen Beobachterstatus und war zur Teilnahme eingeladen.

Zu Beginn des Jahres 2017 gelang es uns gemeinsam mit der Frankfurter Migrantenorganisation Maisha e.V. und PICUM, einen Schattenbericht beim UN-Frauenrechtskomitee einzureichen. Unser Bericht prangerte an, dass Frauen ohne Papiere, entgegen der seit 1975 geltenden Frauenrechtskonvention, ihr Recht auf Gesundheitsversorgung bei Schwangerschaft und Geburt in Deutschland nicht einfordern können. Die Präsentation unseres Berichts erfolgte am 21. Februar 2017 in Genf. Hierbei konnten wir erreichen, dass die Vereinten Nationen die Bundesregierung dazu aufforderte Maßnahmen zu ergreifen um dieses Recht binnen vier Jahren sicherzustellen.

Die internationale Netzwerkarbeit hat uns hiermit eine große Chance verschafft, um das Menschenrecht auf Gesundheit voran zu bringen. Wir wollen diese Gelegenheit nutzen und werden nicht aufhören, die Bundesregierung an diese Verpflichtung zu erinnern.

### **11. Bundeskongress der Medibüros findet im Mai 2018 in Kiel statt**

Deutschlandweit gibt es 37 Medibüros, die teilweise auch unter dem Namen „Medinetz“ aktiv sind. Einen Dachverband gibt es nicht. Jedes Medibüro/Medinetz verfolgt dasselbe Ziel, sowohl in der praktischen Versorgung erkrankter Menschen ohne Papiere als auch in dem politischen Ziel, unsere Strukturen langfristig überflüssig zu machen. Jährlich kommen wir bei einem bundesweiten Kongress zusammen, um aktuelle Themen und gemeinsame Anliegen zu bearbeiten. Vom **25. bis 27. Mai 2018** richten wir für unsere Freundinnen und Freunde des Netzwerkes den Bundeskongress in Kiel – **genauer: im Vinetazentrum in Gaarden** - aus.

Die dreitägige Veranstaltung bietet die Gelegenheit zum Austausch unserer Erfahrungen und Erfolge des letzten Jahres und ermöglicht uns, voneinander zu lernen sowie miteinander zu planen. Im Rahmen von vorgesehenen Aktionen und einer öffentlichen Podiumsdiskussion während des Kongresses möchten wir zudem unsere Themen für die Öffentlichkeit zugänglich machen und laden alle interessierten Akteur/-innen ein, sich mit uns zu informieren und über relevante Themen nachzudenken.

Im Rahmen von Workshops, Seminaren und Vorträgen schulen wir uns gegenseitig über die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen unserer Arbeit sowie der Vermittlungs- und Versorgungspraxis (in unseren Sprechstunden). Neben den netzwerkinternen Expert/-innen laden wir auch fachkundige Gäste aus den Bereichen Medizin, Verwaltung, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein, mit uns über die aktuelle Lage von Menschen ohne Papieren zu sprechen und sind gespannt, welche gemeinsam Lösungsansätze für den Zugang zur Gesundheitsversorgung erarbeitet werden können.

Wir freuen uns, wenn auch Sie Interesse an unseren Themen und unserer deutschland- und auch EU-weiten Arbeit haben und bei der Podiumsdiskussion am 25.05.2018 im Vinetazentrum dabei



sind. Nähere Informationen zu der Podiumsdiskussion sowie dem Ablauf des Kongresses finden sich in Kürze auf unserer Homepage (<http://www.medibuero-kiel.de/>). Besuchen Sie uns auch da sehr gerne!

**Bericht aus der Praxis**

3. Eine etwa 30jährige Frau aus dem Kosovo geht am Wochenende wegen einer akuten Magenblutung in die Ambulanz im UKSH. Dort wird untersucht, auch gespiegelt, und sie wird „gegen ärztlichen Rat“ entlassen, weil sie ihre Kinder nicht alleine lassen könne. Sie lebt mit ihren 2 Söhnen, seitdem die Duldung beendet wurde, hier illegal. Wir kennen die Situation der Mutter mit ihren chronischen Magenulcera seit über einem Jahr und kümmern uns auch um einen der Söhne, der unter einer ausgeprägten traumatischen Erkrankung leidet. Es ist uns gelungen, für ihn eine angemessene Behandlung zu finden. Wir wollen im Verein gerne diese Familie schützen, weil wir wissen, wie traumatisierend deren Situation in deren Heimat jetzt verstärkt durch diese Erkrankungen wäre – Roma im Kosovo. Das Problem ist jetzt: für die Klinik gilt der sogenannte „verlängerte Patientenschutz“. Die Klinik darf diese illegal und ohne Krankenversicherung hier lebende Patientin nicht an die Ausländerbehörde melden. Um die Behandlungskosten erstattet zu bekommen, wendet sich die Klinikverwaltung an das Sozialamt. Für das Sozialamt gilt auch dieser „verlängerte Patientenschutz“. Allerdings hat die Bundesärztekammer mitgeteilt, dass es da offensichtlich eine (zufällige?) Gesetzeslücke gibt. Dies bedeutet, dass es unsicher ist, wie das Sozialamt entscheidet. Wir versuchen jetzt, auch mithilfe der Rechtsberatung durch die Ärztekammer, diese Situation für Kiel zu klären.

Wir danken allen Unterstützer\_innen und Spender\_innen. Ohne Dich/Sie ist unsere Arbeit nicht möglich. Da das Medibüro Kiel sich zu 100 % aus Spenden finanziert und alle Mitarbeiter\_innen ehrenamtlich tätig sind, freuen wir uns, wenn Du/Sie uns durch eine Spende unterstützt/ unterstützen.

**Medibüro Kiel**  
**Evangelische Bank**  
**IBAN DE41 5206 0410 0006 4464 69**  
**BIC GENODEF 1 EK 1**

